

Bezugspreis: Für den Monat Februar 1923 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenspreis: Die einseitige Kopierlegende ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 1. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Wer verletzt den Frieden?

Deutsche Note nach Paris.

Die französische Regierung hat in ihren Noten vom 20., 22., 26., 27. und 28. Januar der deutschen Regierung Verletzungen des Friedensvertrages vorgeworfen.

Es handelt sich zunächst um das Fernbleiben der deutschen Mitglieder an den Sitzungen des deutsch-französischen gemischten Schiedshofes.

In einer weiteren französischen Note wird gerügt, daß die Hotel- und Gasthausbesitzer in Berlin

Sanktionen gegen die in Deutschland weilenden französischen Staatsangehörigen getroffen haben.

„Daß sich viele Hotel- und Gasthausbesitzer in Berlin und auch in anderen deutschen Städten entschlossen haben, französische Staatsangehörige einstweilen nicht mehr als Gäste aufzunehmen, ist richtig.“

„Daß sich eine Verpflichtung der deutschen Regierung zum Einschreiten gegen die Hotel- und Gasthausbesitzer aus dem Artikel 277 des Vertrages von Versailles ergebe, muß bestritten werden.“

Ebenso wird eine französische Beschwerde dagegen, daß der Essener Postdirektor sich weigerte, eine von der französischen Kohlenkommission in Essen verlangte Fernsprecherbindung mit Rotterdam herzustellen, zurückgewiesen.

Eine weitere französische Beschwerde geht dahin, daß die französischen Nachforschungen nach Vermissten (Ergänzungsarbeiten) wegen feindseligen Verhaltens der deutschen Bevölkerung eingestellt werden mußten.

Schließlich soll die deutsche Regierung allen deutschen Gesellschaften verboten haben, sich mit der Wahrnehmung französischer und belgischer Interessen zu befassen.

Jouhaux gegen den Poincarismus.

Paris, 31. Januar. (W.Z.) Auf dem französischen Gewerkschaftskongress wies Leon Jouhaux auf den von der C.G.T. gemeinsam mit der Amsterdamer Internationale vertretenen Standpunkt hin, daß die Reparationsfrage eine Frage von internationaler Bedeutung und ihrer Lösung auf dem Wege einer internationalen Anleihe zu suchen sei.

den französischen Arbeitern zurzeit unmöglich, einzugreifen, aber man solle darum nicht annehmen, daß die Arbeiterklasse jene Politik ohne weiteres hinnehme.

Deutschlands greife. Dem Scheine nach sei das richtig, und bis zu einem gewissen Grade sei es wahr, aber was habe man getan, um Erfüllung der Ansprüche auf dem Wege zu erlangen, den die Gewerkschaften gewiesen hätten?

So habe das soziale und demokratische Deutschland der Arbeiter, das stets seinem Wunsche Ausdruck gegeben habe, Reparationen zu leisten, dieses Deutschland, das den Kampf gegen die Magnaten der Finanz- und Industriekapitäne führe, das die Republik verteidige, habe dem Reichstag ein Gesetz ausgedient auf

Hast Du an das Ruhrgebiet gedacht, und zum deutschen Volkopfer gegeben?

Spenden nehmen alle Postanstalten, Sparkassen und Banken an. Postcheckkonto: Deutsches Volkopfer Berlin 145 400.

Bildung von Kommissionen zur Sozialisierung der Großindustrie und der gemeinnützigen Unternehmungen. Gegen dieses junge Deutschland hätten Stinnes und Kesselscheiden sich erhoben.

Der „Temps“ habe erklärt, es müsse gegen die sozialistische Besetzung der Industrie und der Regierung angekämpft werden, die Sozialisten seien für die Lage in Rußland und Oesterreich verantwortlich, und wenn man sie ihre Pläne durchführen ließe, wäre es um Deutschland geschehen.

verwüsteten Gebiete lieber auch ferner in ihren blutigen Äulnen daliegen sehen, als daß er die Beschäftigung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau zugäbe.

die Arbeiter müssen die Würde ihrer Arbeit und ihrer Person verteidigen.

Der Drohung der Bajonette hätten sie sich nicht zu beugen, in welcher Lage sie sich auch befänden. Denn wenn mitten im Frieden die Schächte und Fabrikingänge Nordfrankreichs plötzlich von ausländischen Bajonetten bemacht würden, so hätten die französischen Arbeiter als Franzosen die Pflicht, Widerstand zu leisten, und zwar energischen Widerstand.

Jouhaux wies zum Schluß nach, daß die Besetzung des Ruhrgebiets Frankreich finanziell teuer zu stehen kommen werde.

Der Völkerbund könne ohne Anwendung von Waffengewalt Pfänder zur Sicherstellung einer internationalen Anleihe unter seine Obhut nehmen, und er bestreite die erforderliche Autorität, um diese Anleihen zu vertiefen, ohne den besonderen Ansprüchen eines jeden Landes Eintrag zu tun.

Schweden hilft.

Stockholm, 30. Januar. (W.Z.) Die schwedische Presse veröffentlicht Aufrufe aller deutschen Vereine Stockholms, in denen sie ihre Landsleute und Freunde zu Geldopfern für die notleidende Ruhrbevölkerung auffordern.

Der deutsch-russische Vertrag in Kraft.

Im Berliner Auswärtigen Amt wurden gestern Mittwoch die ratifizierten Rapallo-Aktenden ausgetauscht.

Der Raub im Osten.

Es ist selbstverständlich, daß sich zu allererst bei Bekanntwerden der Memeler Vergewaltigung die Frage aufdrängen mußte, ob die Gleichzeitigkeit des litauischen Einfalls und der französischen Ruhrbesetzung eine zufällige oder eine gewollte sei.

Der Paragraph des Versailler Vertrags, welcher die Abtretung Memels festsetzt, verzichtet im Unterschied zu den anderen Abtretungsforderungen sogar auf die leiseste Begründung. Sie wurde einfach verlangt, weil man ja die Macht hatte, zu verlangen, was man wollte.

Während Danzig dem Völkerbund unterstellt und von diesem ein englischer Oberkommissar dorthin entsandt wurde, bleibt Memel bis zur endgültigen Entscheidung seines Schicksals unter der Herrschaft der Völkerversteinerung, welche ihrerseits Frankreich mit der Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte und mit dem Schutz des Memellandes betraute.

„Daß sich viele Hotel- und Gasthausbesitzer in Berlin und auch in anderen deutschen Städten entschlossen haben, französische Staatsangehörige einstweilen nicht mehr als Gäste aufzunehmen, ist richtig.“

Hat dieser kleine Raub einen Zusammenhang mit dem großen, der sich gegenwärtig im deutschen Westen vollzieht? Sind hauptsächlich die Franzosen der Förderung und zum mindesten der Duldung des litauischen Rechtsbruchs schuldig?

das Memelland gegen Ueberfälle und Vergewaltigungen zu schützen. In einer Zeit, wo die französische Regierung in allen Winkeln nach deutschen Verfehlungen sucht, sei festgestellt, daß sie selbst in einem kleinen, ihrem Schutz anvertrauten Land die schlimmste Verfehlung begangen hat, nämlich die, es an diesem Schutze völlig fehlen zu lassen.

Auch die lässige Art, mit der seitler nicht etwa die Liquidierung, sondern nur der Schein der Liquidierung des Rechtsbruchs betrieben wird, läßt darauf schließen, daß die allmählich überall zur Katastrophe treibende französische Politik auch hier ein kleines Sonderkatastrophen erzielen will, über dessen mögliches Ausmaß den Herren in Paris einstens allerdings die Haare zu Berge stehen können.

Könnte Paris eine memelländische Lösung begünstigen, die Polen so sehr ins Fleisch schneidet, wie es die gegenwärtige provisorische tut? Eine solche Begünstigung anzunehmen, ist nur möglich, wenn Frankreich beabsichtigte, auch im Osten Deutschlands den Frieden zu stören und eine Brandstelle zu schaffen, bei deren Beseitigung nicht nur die verschiedenen Parteien sich in die Haare geraten müßten, sondern auch gar zu leicht ein Feuerfunke auf das deutsche, das ostpreussische Dach überpringen könnte.

Ist dies der französische Gedankengang gewesen, so muß man sagen, daß er nicht einmal so lang war, wie die Nase des betreffenden französischen Staatsmannes. Denn nicht nur liegt Memel dicht vor den Toren von Königsberg; nicht nur kommt der Appetit leicht beim Essen und die Annerkennung bei der Reinigungsaktion; nicht nur kann ein Schritt ins Memelland gar zu leicht der erste auf einem Marsch nach Kowno sein; sondern hinter all den sichtbaren Vorgängen können auch unsichtbare, aber um so wichtigere liegen, wie z. B. eine Verständigung zwischen Litauen und Moskau oder zu mindestens ein Rückendeckung Litauens in letzter Not bei Rußland.

bäude in Trümmer zu legen. Daher auch die bisher ent- schiedene Weigerung der Polen, aktiv an der Bereinigung des Weichsel-Bruchs teilzunehmen. Sie wissen zu gut, welches Echo jeder bewaffnete Schritt finden kann, als daß sie sich zum Landsknecht der Bolschewikerkonferenz, selbst gegen das Versprechen eines Gewinnanteiles, hergeben wollten.

Bis jetzt hat also die französische Spekulation, wenn es eine solche war, verfaßt. Im Interesse der ganzen Welt möchten wir wünschen, daß es bei diesem Versagen bleibe und daß sich bei dem ganzen Vorgang nichts anderes herausstellen möge, als was bereits durch tausend Vorgänge bewiesen ist: nämlich die Ohnmacht und die innerliche Lähmung der Gesamtentente, wenn es sich darum handelt, friedlicher Ordnung gegenüber blutiger oder unblutiger Willkür zum Recht zu verhelfen. Und schließlich bleibt noch die Frage: Wer stellt die gemeingefährliche Verfehlung Frank- reichs gegen den Versailler Vertrag fest?

Bayerischer Ausnahmezustand.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung erlassene Verordnung der bayerischen Staatsregierung vom 28. Januar 1923 sofort außer Kraft gesetzt wird.“

Dieser Antrag, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fordert, hat nach der neuen Geschäfts- ordnung des Reichstags den Vorzug beschleunigter Verhandlung. Infolgedessen wird er schon am morgigen Freitag in Verbindung mit dem Haushaltsplan des Reichskanzlers zur Beratung gestellt werden.

Die bayerische Regierung hat bezeichnenderweise der Reichsregierung noch keine offizielle Mitteilung von der Ver- hängung des Ausnahmezustandes gemacht, wie die Reichs- verfassung das vorschreibt.

Der Skandal der Steuerkurse.

Die Zwangsanleihe, die schon bei ihrer ersten Be- ratung unter tätiger Mithilfe des jetzigen Reichswirtschafts- ministers Beder-Hessen als Steuer außerordentlich entworfen worden ist, hat bekanntlich durch die Ausführungsbestimmungen vom 22. Dezember eine erneute Verschlechterung erfahren. Wir stellen seinerzeit fest, daß die Aktienbesitzer nur zu einem Fünftel ihres tatsächlichen Vermögens veranlagt werden. Man hat die Durchschnittskurse früherer Jahre herangezogen, um nur einen möglichst niedrigen Veranlagungskurs zu finden.

Durch die neuere Entwicklung hat sich dieses Veranla- gungsverfahren gegenüber den Aktionären zu einem regel- rechten Steuerstandal ausgewachsen. Schwindelhaft werden die Aktienkurse in die Höhe getrieben, niemand denkt daran, die Zwangsanleihe einzuzahlen, ehe nicht die Markt noch mehr entwertet ist. Die tatsächliche Belastung des Aktienbesitzes durch die Zwangsanleihe geht aus folgender Gegenüberstellung hervor, in der wir die jetzt amtlich fest- gesetzten Steuerkurse mit den letzten Börsenkursen einiger Papiere vergleichen.

	Steuerkurs	Letzter Börsenkurs
Sapag	581	86 000
Deutsch-Luzemburg	1862	33 000
Ranefeldmann	1396	100 000
Deutsche Bank	512	84 000
Schubert	900	58 000
Zellstoff Waldhoff	735	34 000
Durchschnitt 1200		77 000

Die Aktienbesitzer werden also noch nicht einmal ein Sechstel ihres gegenwärtigen Vermögens veranlagt. Gezahlt wird auch davon nur ein Bruchteil. Das ist das „Ichtbare Opfer des Besitzes“, das in der Zwangsanleihe seinen Ausdruck finden sollte! Dem Ar-

beitnehmer werden seine vollen 10 Proz. in vollwertiger Kauf- kraft vom Lohn abgezogen. Die Besitzenden „opfern“ einen Bruchteil von einem Sechstel ihres Vermögens, also in den meisten Fällen nicht viel mehr als einige Tausendstel.

Dem Reichsrat liegt die endgültige Festsetzung der Steuer- kurse ob. Er kann sich nur an das Gesetz halten, das nach der von den Bürgerlichen legitimierten Fassung einen so unglaublichen Steuerbetrug vorsieht. Wenn wirk- lich nur eine Spur von der Opferbereitschaft bei den Besitz- enden auch gegenüber dem Staate in seiner höchsten Not ge- zeigt werden soll, so erwächst den Parteien, die diesen Steuerstandal herbeigeführt haben, die Pflicht, ihn schleunigst durch eine Gesetzesänderung aus der Welt zu schaffen!

Die Arbeit der Reichstagsausschüsse.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags streich- tel die Kanäle des Justizministeriums und der Kanäle des Reichs- gerichts je 10 Prozent. — Bei der Beratung des Etats des Reichs- ministeriums des Innern berichtete Abg. Dr. Schröder (Z.) über die Arbeiten des Sparausschusses. Die große Aufgabe des Minis- teriums des Innern sei, die Pflege des deutschen Einheitsgedankens vor allem in der Verwaltung hervorzuheben zu lassen. Auch in kirchenpolitischer Beziehung sei eine größere Einheitlichkeit zu er- warten.

Abg. Rummel (Dnct.) forderte, daß die Zuschüsse der Religions- gesellschaften der Geldentwertung angepaßt werden. — Abg. Rorath (D. Sp.) wünscht eine Revidierung der Urlaubsdauer der Be- amten und Staatsangestellten und eine Umgestaltung der Beamten- gesetzgebung, die als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet werden müsse. Reichsminister des Innern Dr. Dezer erwiderte, er wünsche drin- gend die baldige Beratschlagung des Beamtenrätegesetzes und habe selbst eine Entscheidung des Kabinetts beantragt. Zur Regelung der kirchenrechtlichen Fragen habe eine Besprechung mit den Regierun- gen Sachsen, Thüringens und Braunschweigs stattgefunden, die ergeben habe, daß bei der Auslegung des Artikels 135 der Reichs- verfassung Zweifel entstehen können. Die Länder seien berechtigt, Feiertage einzuführen und zu ändern, solange reichsgesetzlich nichts anderes bestimmt sei. Diese Tatsache habe Veranlassung gegeben, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die wichtigsten Feiertage reichsgesetzlich festlegt.

Ministerialdirektor Dr. Fall gab einen Bericht über die Diszi- plinarverfahren gegen Beamte im Reichsministerium des Innern, die sich lediglich gegen solche Beamte gerichtet haben sollen, die poli- tisch im rechten Lager stehen. Der Ministerialdirektor wies dar- auf hin, daß es sich bei diesen Disziplinarfällen vielfach um die Her- absetzung der republikanischen Staatsform gehandelt habe. — Abg. Erising (Z.) wünschte auf beiden Seiten etwas mehr Takt, um ein erträgliches Verhältnis zwischen der Beamtenschaft und dem Volksstaat zu schaffen. — Die Genossen Müller und Stein- kopf begrüßten das Verhalten der Reichsregierung in der Frage der Disziplinierungen, die wegen Beschimpfungen der Republik er- folgt sind. — Am Schluß der Aussprache kam der Minister noch einmal auf die Frage der Stellung der Beamten zur Republik zu sprechen. Bei jeder Staatsumwälzung sei auch eine Umwälzung der Verfassung vor sich gegangen. Die deutsche Republik aber habe es als ihre erste Aufgabe betrachtet, den bestehenden Beamtensörper zu konservieren. Maßgebend für diese Haltung sei das feste Ver- trauen auf die staatsverhaltende Auffassung der deutschen Beamtenschaft gewesen. Im allgemeinen habe dieses Vertrauen auch Recht- fertigung gefunden. Wo Ausnahmen zutage traten, muß, so sagte der Minister, der Gedanke der Erhaltung der Republik richtigge- bend sein für alle Maßnahmen. Im übrigen sehe man jetzt an einem psychologischen Wendepunkt, wozu der unerhörte Gewalt- streich der Franzosen im Ruhrgebiet beigetragen habe. Jetzt sei es möglich, auch in der Beamtenschaft eine vaterländische Einheits- front zu schaffen. Diese Bewegung werde das Ministerium durch Veranstaltung von Wandervorträgen und gegenseitiger Aussprache in der Gesamtbeamtenschaft von Herzen gern unterstützen. Es sei jederzeit zur Verständigung bereit, aber auch zur Abwehr und werde pflichtgemäß der Republik mit aller Entschiedenheit dienen. — Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Im Steuerauschuß des Reichstags kam es am Mittwoch bei der Beratung des Landessteuergesetzes zu einer leb- haften Debatte über die Frage, ob die Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent erhöht und der Anteil der Gemeinden entsprechend vermindert

werden soll, oder ob man die Gemeinden an dem Ertrag der Kohlen- steuer mit 10 Proz. beteiligen soll. Unsere Genossen wandten sich sehr entschieden gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer und forderten dafür die Teilung der Kohlensteuer. Staatssekretär Zapf wandte sich gegen diesen Antrag, der dem Reiche eine große Einnahme nehme, den Gemeinden aber eine Einnahme zumeist, deren Höhe großen Schwankungen unterworfen sei. Der Vertreter des preu- ßischen Finanzministeriums meinte, die vorgesehene Erhöhung der Umsatzsteuer spiele nur eine geringe Rolle. Genosse Herz wandte sich abermals gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer und gegen den geringen Ertrag der Veranlagungssteuer. Gen. Weims be- antragte für den Fall der Ablehnung der Beteiligung der Gemein- den an der Kohlensteuer, den Anteil an der Umsatzsteuer auf ¼ und an der Erbschaftsteuer auf die Hälfte zu erhöhen. Eine Einigung wurde nicht erzielt und die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt.

Angesichts der katastrophalen Geldentwertung hat die Reichs- regierung dem Reichstagsausschuß für Sozialpolitik eine neue Verordnung über die Erhöhung der Unterstützungssätze zugehen lassen. Beschlossen wurde, ab 1. Januar 1923 folgende Unter- stützungssätze zu zahlen: Für eine Invalidenrente 120 000 M., für eine Witwer- oder Waisenrente 108 000 M. und für eine Waisen- rente 60 000 M. Die Sätze erhöhen sich für jedes Kind einheitlich ohne Rücksicht auf die Kinderzahl um 15 000 M. Die Fixiergrenze für das Arbeitseinkommen ist auf 120 000 M. und die für Bezüge aus öffentlichen Kassen oder privaten Pensionskassen auf 36 000 M. erhöht worden. — Wenn diese Sätze auch weit über die von der Regierung vorgesehene hinausgehen, so sind sie doch angesichts der furchtbaren Geldentwertung noch keineswegs ausreichend. Die Re- gierung wird schon in kürzester Zeit ein weiteres tun müssen und die Sozialdemokratie wird dazu beitragen, die unbefriedigende Situa- tion weitester Volksteile noch Möglichkeit zu lindern.

Dem Ausschuß liegt ferner ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung und ein anderer über Hilfeleistung für Kapitalrentenrentner vor. Die Beratungen über diesen letzten Entwurf werden in den nächsten Tagen beendet werden. Der Ausschuß will die Vorlage so gestalten, daß sie mög- lichst alle die Volksteile erfaßt, die bisher von jeder gesetzlichen Ver- sorgung ausgeschlossen waren.

Neues Grubenunglück in Oberschlesien.

Bisher 35 Tote geborgen.

In der Heinitz-Grube (Oberschlesien) ereignete sich eine Explo- sionskatastrophe, die sich als ein Grubenunglück von sel- tener Größe herausstellte. Der gesamte Betrieb ist stillgelegt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, erstreckt sich die Unglücks- stätte vom Gottgebläse-Schacht bis zum Köhlsch-Schacht auf 540, 620 und 660 Meter Sohle. Die gesamte dort arbeitende Belegschaft von etwa 300 Mann ist in Mitleidenschaft gezogen. Bisher wurden 25 Mann, darunter drei als Leichen, gebor- gen. Die Rettungsmannschaften des Berges und fast aller um- liegenden Gruben haben die Rettungsarbeiten aufgenommen.

Eine spätere Meldung besagt: Bei der Explosionskatastrophe auf der Heinitz-Grube handelt es sich um eine Kohlenstaub- explosion. Da das Brandfeld bereits kohlenstofffrei ist, nehmen die Bergungsarbeiten ihren Fortgang. Bis nachmittags 3 Uhr wurden 150 Bergleute zutage gebracht. 70 Verunglückte mußten dem Bazarret zugewiesen werden. Die Zahl der Toten und Verletzten läßt sich noch nicht bestimmen. Da die Rettungsplanken ihre Hilfeleistungen noch nicht beenden konnten, befinden sich noch 300 Verunglückte unter Tage. Bisher wurden 35 Tote geborgen.

Nationalistische Messerstecher.

In der Nacht zum Mittwoch gingen drei Herren, die aus der französischen Schweiz stammen, über den Potsdamer Platz in Berlin und unterhielten sich in ihrer Muttersprache. Eine Horde nach- schwärmender Pöbels fiel über sie her und brachte einem von ihnen mit einem Messer eine Verletzung am Kinn bei. Der Verletzte ist ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, der sich in seinem menschenfreundlichen Amt große Verdienste am deutschen Volk erworben hat.

Wahlpflicht! Der Reichsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch gegen wenige Stimmen den Gesetzentwurf der Deutschen Nationalen über die Einführung der Wahl- pflicht an.

Die Hakenkreuzschreiber.

Von Robur.

Die ersten Christen gaben sich in der Verfolgungszeit einander dadurch zu erkennen, daß sie mit ihren Wanderstäben die Figur des Fisches im Sande zeichneten. Die Freimaurer, die noch immer gern an ihren Lieberlieferungen festhalten, benutzen unter vier Klugen eine Handbewegung, als geheimes Zeichen der Zusammengehörigkeit. Unsere Wölflingen, die gar nicht verfolgt werden und die gegen die Geheimbündelei — der anderen jeteren, klammern sich an die Haken eines herabfälligen Kreuzes.

Die Spitzen dieses Hakenkreuzes sind nach innen, die „Spitze“ aber gegen die Juden gerichtet. Und doch ist die Bogel der Wölflingen der des Wiggblattjudent ähnlich, der auf die Behauptung eines Griechen, daß die Hellenen Telegraph gehabt haben, weil bei den Ausgrabun- gen in Athen Draht gefunden sei, entgegnete: „Auch in Palästina hat man gefunden, aber nichts gefunden. Das beweist, daß die alten Juden drahtlose Telegraphie hatten.“

Mit demselben Rechte können die Wölflingen behaupten, daß Simon wohl nur aus dem Grunde das Kreuz des Christus getragen, weil er der Christus zu Galgatha folgenden Judenmenge trocken wollte und gebeten an das Holzkreuz ein Hakenkreuz zeichnete. Auch der große Konstantin, der zum Siege und Ruhme nur daher ge- langte, daß er rechtzeitig vor der Entscheidungsschlacht am Himmel ein Kreuz sah mit der Aufschrift: „In diesem Zeichen wirst Du siegen“, hat nicht ein Kreuz, sondern ein Hakenkreuz gesehen. Es wäre nur eine Folgerichtigkeit, wenn man in den Lehrbüchern die Kreuzzüge in Hakenkreuzzüge umgewandelt hätte, denn auch damals gab es schon Juden und verdorrte Kriege.

Wie wäre es, wenn die Wölflingen die bevorstehende Umände- rung der Berliner Straßennamen ausgenutzt hätten, um den Kreuzberg in einen Hakenkreuzberg umzuwandeln? Vorläufig be- gnügen sie sich damit, daß sie ihr Hakenkreuz an den Wänden jener kleinen Anstalten anbringen, wo die Männer mit dem Gesicht nahe an der Wand zu stehen pflegen. Diese Hakenkreuzschreiber begehnen aber eine historische Unvorsichtigkeit, indem sie dazu entweder Weiß- feißt oder Kreide benutzen. Denn wir leben in einer Zeit, wo alles, aber auch alles, möglich ist. So ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kreuzberg, ein zeitweilig erfolgloser Vulkan, bald zu neuer Tätigkeit erwacht und Berlin mit Lava und Asche verschüttet. In tausend Jahren wird man mit den Ausgrabungen Berlins beginnen. Die Gelehrten werden Hände über die Art und Bestimmung der kleinen runden Blechbüchchen schreiben, die Hakenkreuzzeichen werden aber dann von der Lava vermischt sein. Es wäre daher den Wölflingen zu empfehlen, ihre Hakenkreuze in den Nischen al fresco anzu- bringen, was auch zur Zier dieser trostlosen Wände viel beitragen würde.

Als ich vor kurzem im Frühstückscafé des „Römer Hof“ in Frankfurt a. M. meine Rechnung beglich, wurde mir ein Zettel

präsentiert, auf dem ein Hakenkreuz gedruckt war. Ich fragte den Oberkellner über die Bedeutung dieses Abzeichens. Er musterte mich vom Kopf bis zu Fuß und sagte: „Wir sind gute Deutsche, Herr!“ und fügte halbblau hinzu: „Wegen der Juden, gel!“ In meinem Tsch sah aber ein Holländer, der sich auch über das Hakenkreuz auf seiner Rechnung wunderte. „Wir sind gute Pazifisten, Herr.“ ant- wortete der Oberkellner und als der Holländer gegangen war, wandte er sich an mich mit der einschuldigen Bemerkung: „Wegen der Baluta, gel!“

Staat und Künstlerrolle. Der Wirtschaftliche Verband bildender Künstler hielt im ehemaligen Herrenhaus seine Generalversammlung ab. Zunächst wurde eine Resolution an den Reichs- präsidenten abgefaßt, in der der Verband das Versprechen gibt, in diesen für das Vaterland so harten Zeiten fest hinter der Regierung zu stehen. Nach verschiedenen Berichten der einzelnen Organisations sprach der Maler und Architekt Willy Dreßler über „Staat und Künstlerrolle“. Er führte etwa folgendes aus: Wenn wir auch über den schweren, über uns hereingebrochenen Stunden unser eigenes Leid vergessen sollen, so müsse man doch der Not der Kunst gedenken, die das ganze Volk betrifft. Gerade in trüben Jahren wurden den Künsten und Wissenschaften große Opfer gebracht; so ließ Friedrich II. z. B. in den schwersten Zeiten die herrlichsten Bauten entstehen, und vor 114 Jahren nach dem Zu- sammenbrüche begründete man die Universität Berlin. Wenn alle Künstler streiken würden, so stände fast die ganze Industrie still, und über 30 Millionen Deutsche wären drohtlos, denn zwei Drittel alles Materials wird erst durch Künstlerhand nutzbar gemacht. Etwa ein Zehntel der Künstler haben das Existenzminimum der Ar- beiter, neun Zehntel sind in bitterer Not, und viele sind dem Verhungern nahe. Weshalb werden den Künst- lern so große Schwierigkeiten in den Weg gelegt durch Gesetze, die uns Ungeheuerliche grenzen? Warum stellt der Staat für die ge- samte Kunst nur 2 Millionen in den Etat und warum wird das geistige Eigentum des Künstlers nicht besser geschützt? Der Redner endete seinen Protest mit dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausruf: „Der Titel Reichskunstwart bedeutet ein Programm und verpflichtet zur Tat. Wir haben keine Lust zu bitten, wo wir das Recht zu fordern haben!“

Die Mahlen und die Berichte über das Annahmen der Zahl der fördernden Mitglieder sowie über Stiftungen, die dankbarst begrüßt wurden, beschloß die Generalversammlung.

Aus der Geschichte des Handschuhs. Haben die Handschuhe wirk- lich eine Geschichte? Man hat keine ganz zuverlässige Kenntnis darüber, wo und wie, aber sicher ist es, daß es lange her ist, seit man das erste Paar Handschuhe anzog. Aus den Gedenksteinen der Pharaonen sind Handschuhe unter den Gaben dargestellt, die be- segelte Wälder vor den Thron des Siegers trugen. — Eine praktische Anwendung hatte man für die Handschuhe zur Zeit, als man den Gebrauch von Messern und Gabeln noch nicht kannte; man zog Handschuhe an, wenn man warme Speisen aß; sie schützten so schon vor dem Verbrennen der Finger! Um das Jahr 1000 begann man in Deutschland Seidenschuhe an Stelle der plumpen Leder- handschuhe zu verwenden, die bis dahin allein im Gebrauch ge-

wesen waren, und gleichzeitig kam die symbolische Verwendung des Handschuhs auf. Er wurde als Zeichen der Unterwerfung eines aufwärtigen Vasallen unter seinen Landesherren angewandt, als Herausforderung des Ritters gegen seinen Nebenbuhler oder einen anderen, der sein Recht vertrat hatte. Die obigen Damen verziehen ihre Handschuhe mit Stickerien und Juwelen oder streuten wohl- riechende Pulver darauf — zur Freude für den, der die Hand- lichte. Daß man das Pulver auch in minder lebenswürdiger Ab- sicht streuen konnte, zeigt das Beispiel der Katharina von Medici, die auf diese Art die Mutter Heinrichs IV., Johanna von Navarra, vergiftete.

Die Zahl der höflichen Handschuhbedienten ist Legion. Der Graf von Ester trug auf seinem Barett den Handschuh, mit dem ihm die Königin Elisabeth die historische Ohrstange gegeben hatte, als sie entdeckte, daß ihr Günstling sie betrog. Diefelbe Königin verlor die Hand, als sie sich durch die Verwirrung zu bringen, daß sie ihm ihren Handschuh vor die Füße warf, als er gerade einen König spielte. Shakespeare suchte einen Augenblick, dann nahm er den Handschuh auf und überreichte ihn würdevoll der Königin, in- dem er sagte: „Obgleich wir eine so hohe Würde bekleiden, beugen wir uns doch, um den Handschuh auszuheben.“ — Königin Christine war eine so schwärmerische Bewunderin von Cornelle, daß sie einen ihrer Handschuhe, den der berühmte Dramatiker geliebt hatte, unter Glas und Rahmen sehen ließ und darunter schrieb: „Diesen Hand- schuh hat der große Dichter des „Ed“ geküßt.“

Der Kampf um die Einheitsorthographie. Der Bildungsaus- schuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitsorthographie. Wegen einer Minderheit wurde eine Resolution angenommen, welche die Bemühungen der Reichsregierung zur Vereinfachung der Kurzschrift dankbar begrüßt, sie für dringend erforderlich erklärt und auf Grund des „Zustimmungs“ für erwünscht hält. Ein Scheitern der schwebenden Einigungsverhandlungen wäre sehr bedauerlich.

Woburne sächsisch-schlesische Klaviermusik spielt Dr. B. Siegan, der am gestrigen Empfangsabend des tschechoslowakischen Gesandten Tzwar eindrucksvolle Proben seiner Kunst vorstellte, in seinem heute statt- findenden Konzert im Besishallenaal.

Kunstgeschichtliche Vorträge. Der „Verband der Studierenden der Kunstgeschichte“ veranstaltet zugunsten seines Stipendienfonds eine Reihe von Vorträgen. Mehrere namhafte hiesige und auswärtige Kunsthistoriker haben ihre Anwesenheit zugesagt. Es werden im Redner brechen: Am 2. Prof. S. Gaele, Direktor des Königl. Museums; „Grundzüge der ägyptischen Plastik“ Am 9. Dr. Boh. Kuhn, am Kaiser-Friedrich-Museum; „Neues über Michelangelo da Carravaggio und den Naturalismus“ Am 16. Prof. Frankl-Kallé; „Stille des Städtebauers“ Am 23. Dr. Steigall-Religia; „Die Wandlung des Lebens- gebäudes der Malerei der Renaissance“ — Die Vorträge finden statt im Hörsaal I im Kulgebäude, gegenüber der Universität am Kaiser-Franz-Joseph-Platz. Beginn 8 Uhr abends. Kartenerwerb im Kunst- historischen Seminar im Kulgebäude und an der Adenolfstraße zum Preise von 200 und 100 M. Studententickets 50 M.

Kreta und Mykenä. Lichtbildervortrag von Professor Rodenwaldt im Kunstgalerie-Museum Freitag 6 Uhr.

Zum Behen der „Kubzelle“ werden am Sonntag, 4. Februar, vorm. 11½ Uhr, in sämtlichen Ufa-Theatern Vorträge gehalten. In allen Theatern werden Parlamentarier zu Wort kommen.

Nachgeben oder Zolltrennung!

London, 31. Januar. (EP.) Der „Daily Mail“ zufolge wird die französische Regierung heute ein Ultimatum an die deutsche Regierung senden, worin diese aufgefordert wird, ihren Widerstand gegen die Befehlsbefehle aufzugeben, andernfalls die verschärften Sanktionen durchgesetzt würden, und zwar vor allen Dingen die Errichtung eines Zollkorridors zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

Die Militarisierung der Eisenbahnen. Mißerfolge.

Der Hauptbahnhof von Wiesbaden, sowie die Bahnhöfe von Bingen und Bingerbrück wurden von französischem Militär besetzt. Die Züge, die von auswärts noch einliefen, wurden nicht mehr weitergeleitet. Die Eisenbahner haben die Arbeit eingestellt, so daß jeder Verkehr ruht.

In Ludwigshafen haben die Befehlsbefehle den Forderungen der Eisenbahner nach Wiedereinsetzung des Präsidenten und der Beamten der Direktion, Zurücknahme des Requisitionsbefehls und Zurückziehung der militärischen Wachen von den Bahnanlagen entsprochen. Das Personal ist daraufhin von den deutschen zuständigen Stellen und den Vertretern der Organisationen aufgefordert worden, den Dienst nach den Befehlen der deutschen Regierung weiter zu versehen. In gleicher Weise haben sich auch die Vorgänge auf den übrigen pfälzischen Bahnhöfen abgespielt. Infolge des geschlossenen Widerstandes der Eisenbahner wurden überall die französischen Posten auf den Bahnhöfen wieder aufgehoben.

Der Bahnhof Weiden (Kreis Siegburg) ist wieder freigegeben worden. Die Verhafteten wurden entlassen. Darauf wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Der Güterbahnhof Köln-Frechen, der von den Franzosen besetzt worden war, ist auf Einspruch der Betriebsräte wieder geräumt worden.

Die Hauptzollämter wurden von den französischen Beamten besetzt. Die deutschen Beamten in Trier arbeiten für sich weiter, lehnen aber jede Unterstützung der Besetzung ab.

Essen, 31. Januar. (WZ.) Die Befehlsbehörde hat mitgeteilt, daß der Punkt 2 der Verordnung vom 29. Januar, der den Verkehr auf der Straße von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh verbietet, nicht beachtet zu werden brauche, da sich keine Undurchführbarkeit infolge der eigenartigen Verhältnisse im Industriegebiet ergeben habe.

Auffallende Zunahme der Verhaftungen.

Aus der französisch-belgischen Befehlszone wird eine ganze Reihe von Beamtenverhaftungen gemeldet, die sich besonders gegen die Zoll- und Finanzbehörden richten. Die französische Politik geht offenbar dahin, den deutschen Verwaltungsapparat stillzulegen und ihn zunächst an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen. Wir lassen eine Liste folgen, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt.

Oberzollsekretär Kaminski, erster Kassendirektor vom Zollamt Hofen-Neuß wurde verhaftet, weil er die Kassenschlüssel nicht herausgeben wollte. Beim Finanzamt Düsseldorf wurden Steuerinspektor Pöppenburg und Steuerinspektor Stempel gewaltsam ausgewiesen. In Kachen wurde beim Hauptzollamt Auslandsverkehr Oberzollinspektor Sprond gewaltsam aus einem Zimmer entfernt. Das Amt wurde von zwanzig belgischen Soldaten besetzt, so daß der Dienst eingestellt werden mußte. Von den Beamten verlangte man die Übergabe der Akten. In Krefeld wurden der Vorsteher des Zollamtes Güterbahnhof Oberzollsekretär Langheinrich und in Uerdingen Oberzollinspektor Ciazus verhaftet. Beim Hauptzollamt Krefeld stehen weitere vier Verhaftungen bevor. In Duisburg wurden der Oberzollinspektor Baldow und der Oberzollinspektor Rief verhaftet. Beim Hauptzollamt Kreuznach wurden die Oberzollinspektoren Stauer und Weirich und der Oberzollsekretär Scholz verhaftet, weil sie sich weigerten, den Kassenschlüssel herauszugeben. In Trier wurde Oberzollinspektor Schaffner vom Hauptzollamt Römerbrücke verhaftet. In Brum wurde der Oberzollsekretär Sommer verhaftet und per Bahn weggebracht. Der Oberzollsekretär Kotzba, der bereits am 26. Januar verhaftet

worden, jedoch auf den Protest der Bevölkerung hin wieder freigelassen war, wurde erneut verhaftet. Vom Hauptzollamt Kaiserslautern wurde der Vorsteher Zollrat Kott verhaftet, weil er das Ansehen der Franzosen, unter ihrer Leitung zu arbeiten, trotz großer Versprechungen wiederholt ablehnte. Beim Hauptzollamt Bochum wurden der Vorsteher Zollamtmann Binhold, Oberzollsekretär Seuboldt und Zollsekretär Schardt verhaftet. Französische und belgische Kommissionen sprachen bei den Zollämtern Duisburg-Südbahnhof, Duisburg-Rhein, Rheidt, München-Gladbach, Kaldenkirchen, sowie den dazugehörigen Zollstellen Niederhof, Aderwalde, Stroelen vor und fragten die Beamten, ob sie unter ihrer Oberaufsicht arbeiten wollten. Die Beamten blieben ihnen die gebührende Antwort nicht schuldig.

Von der Befehlsbehörde verhaftet wurden ferner: Regierungsrat Schwaben, Präsidialsekretär Kimpel und Regierungsobersekretär Pasterl von der Befehlsbehörde in Kachen sowie Regierungsrat Berisch, der Leiter des Ausfuhramtes in Essen, der Oberbürgermeister von Herne, Dr. Sporleder, der Bürgermeister von Uerdingen a. Rh. Udehoff, der Bürgermeister von Cleve Dr. Wolff, Gewerkschaftssekretär Klein-Cleve und 25 Studenten der Technischen Hochschule in Kachen. Mit der Ausweisung in diesen Fällen ist zu rechnen.

Weitere Maßregelungen.

Ausgewiesen wurden: Zollsekretär Broese, Zollsekretär Schaefer und Referent Wenderle in Ems. Sämtliche Angestellten des Ausfuhramtes in Ems, etwa 600, haben die Arbeit niedergelegt. Alle wurden beim Verlassen des Amtes genau untersucht. Auch waren Maschinengewehre aufgeführt. Eine große Menschenmenge hatte sich in der Nähe des Ausfuhramtes versammelt und empfing die Angestellten mit stürmischem Beifall. Nur zwei weibliche Angestellte haben sich bereit erklärt, weiter zu arbeiten. Ausgewiesen wurden ferner: Bürgermeister Stahl, Geisenheim, Oberförster Kempi-Roskau, Oberförster Müller-Roskau, Oberförster Krüsch-Diez, Oberförster Scheuren-Landkreis des Unterlahnkreises, Zollrat Rosebroch-Düren, Zollinspektor Boh-Trier, Zollrat Wagner-Trier, Zollrat Doerr-Worms, Oberzollinspektor Bäumer-Worms, Runger, Direktor des Hauptzollamtes Ludwigshafen, Kott, Direktor des Hauptzollamtes Spener, und Stern, Direktor des Hauptzollamtes Bandau.

Weiter sind ausgewiesen worden: Oberzollinspektor Baum-Düsseldorf, Zollrat Deichmann-Kaldenkirchen, Zollrat Bach-Oberzollinspektor Winkelmann, Zollinspektor Koch, Zollsekretär Jakobson, alle drei aus München-Gladbach, Oberzollinspektor Heuer und Zollrat Soerboldt aus Rheidt, Zollamtmann de la Motte-Krefeld, Oberzollsekretär Reimann-Boeze und Zollsekretär Jerezski aus Neuß.

In Wiesbaden wurden der Oberförstermeister v. Hammerlein und der stellvertretende Zollinspektor Seelig von der französischen Befehlsbehörde ihres Amtes enthoben. Beide Beamten versehen ihren Dienst trotzdem weiter.

Stillegung der Zollämter.

Düsseldorf, 31. Januar. (WZ.) Die Zollämter Hubertus und Hofen, sowie die dazu gehörigen Unterstellen wurden heute früh von den französischen Befehlsbehörden militärisch besetzt. Ferner wurden auch die folgenden Zollämter besetzt: Hauptzollamt Neuß, Zollamt Neuß-Hafen, Hauptzollamt München-Gladbach, Zollamt Krefeld-Hafen, Zollamt Duisburg-Parallelhafen. Sämtliche deutschen Zollbeamten haben den Dienst darauf eingestellt, so daß der Betrieb völlig still liegt.

Grüner protestiert.

Regierungspräsident Dr. Grüner protestiert in einem Schreiben an General Devingnes gegen den Befehl, daß die Verfolgung von politischen und Verbrechen der Zustimmung der Befehlsbehörden bedürfe. Dies sei ein Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte und eine völkerrechtswidrige Maßnahme, die offenbar politische Zwecke verfolge.

Soziale Fragen im Reichstag.

Protest gegen das kulturwidrige Auftreten der Franzosen.

Auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstags stand der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Antrag über die durch die Besetzung des Ruhrgebiets veranlaßte Schließung von Schulen. Der Antrag wendet sich „gegen jede Kürzung und Schädigung des Unterrichts, da sie eine schwere Einbuße an kulturellen und erzieherischen Werten bedeutet; ebenfalls wendet sich der Reichstag gegen die Besetzung von Jugendheimen, die einen Eingriff in die Jugendbewegung und Jugendfürsorge darstellt. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, gegen diese Übergriffe der Befehlsbehörde scharfen Einspruch zu erheben“.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) zitiert eine sehr lange Reihe von Orten auf, in denen Volksschulen und höhere Lehranstalten sowie Lehrerwohngebäude beschlagnahmt und besetzt worden sind und wo infolgedessen der Unterricht ganz oder zum Teil eingestellt werden mußte. Diese unhaltbare Entwicklung greift auch bereits auf den Bezirk Münster über. Eine allgemeine Verwüstung und Zerstörung des Unterrichts ist die Folge. Neben den Schulhäusern haben die Besatzungstruppen auch Krankenhäuser in rücksichtsloser Weise beschlagnahmt. Ebenso unerhört sind die maßlosen Ansprüche der Truppen auf anderen Gebieten. In Duisburg werden z. B. pro Tag 3 Liter Milch für die Angehörigen der Besatzungstruppen gefordert, während für die Deutschen nur 1/2 Liter vorhanden sind. Wir fordern alle ausländischen Spender, die der Kultur des deutschen Kindes zur Hilfe kommen wollen, auf, gegen diese kulturelle Verwüstung des deutschen Kindes feierlichen Einspruch zu erheben.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag

vom gesamten Hause einstimmig angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Kleinrentnerfürsorge. Der Ausschuss hat nicht nur die Kleinrentner, sondern auch diejenigen, die ihnen gleichgestellt sind, dem Gesetz unterworfen und den Kreis dieser Fürsorgeempfänger genau umschrieben. Es sollen darunter fallen alle die in Not Geratenden, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben haben, die wissenschaftliche, künstlerische oder gemeinnützige Arbeit verrichten, und jene, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht mehr arbeiten können. Die Vorträge sah eine Erstattung der Kosten des Gesetzes an die Gemeinden in Höhe von 80 Proz. durch das Reich vor. Der Ausschuss beschloß eine Erhöhung der Erstattung auf 90 Proz.

Ministerialdirektor Schlieben bittet im Namen des Reichsfinanzministers, es bei 80 Proz. der Erstattung zu lassen, da es aus den verschiedensten Gesichtspunkten nicht erträglich sei, den Beitrag der Gemeinden für die Kleinrentnerfürsorge nur mit 10 Proz. zu bemessen.

Abg. Frau Scheeder (Soz.): Trotz aller Bemühungen der Parteien ist es nicht gelungen, den § 1a so zu fassen, daß er unserer Anschauung entspricht. Der Kreis der berechtigten Fürsorgeempfänger muß noch weiter gefaßt werden. Wir werden die weitergehenden Anträge der Kommunisten unterstützen und selbst beantragen, daß alle „ohne eigene Schuld“ in Not geratenen Personen im Sinne dieses Gesetzes fürsorgeberechtigt sein sollen.

Nach Zustimmungserklärungen der Abgg. Oberjochen (Dnat.) und Frau Mah (D. Sp.) erklärt Abg. Dr. Kieß (Dem.): Die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten scheitern wie über das Ziel hinaus oder sind überflüssig oder gar undurchführbar. An der Frage, ob die Gemeinden 10 oder 20 Proz. der Unkosten bestreiten sollen, werden wir das Gesetz nicht scheitern lassen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Schwarzer (D. Sp.) und Matzahn (Komm.) wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung mit der Aenderung verabschiedet, daß das Reich 80 Proz. der Kosten an die Gemeinden zurückerstattet.

Nach debattierender Erledigung der zweiten Lesung des Jugendgerichtsgesetzes wird der Gesetzentwurf über Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen dem Steuerauschuß überwiesen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr.

Einigungsversuch in Lausanne.

Lausanne, 31. Januar. (DZ.) Der englische Presseschef Mac Clare erklärte heute abend den Journalisten, daß die Aussichten für den Friedensschluß im Augenblick wie 10:4, also gut wären.

Lausanne, 31. Januar. (WZ.) Ueber die heutige Vollziehung der Konferenz wurde eine amtliche Mitteilung nicht herausgegeben. Man erfährt über den Verlauf der Sitzung folgendes:

Curzon, Bompard und Garroai liefen eingehend und nachdrücklich auf die zahlreichen Konzessionen hin, die die Alliierten in ihrem Friedensvertragsprojekt den Türken gemacht haben, und betonten, welche große Verantwortung die Türkei durch eine Ablehnung auf sich laden würde. Curzon streifte dabei die Verantwortung der Türkei am Kriegsausbruch. Ismet Pascha antwortete in einer längeren Rede, die große Ueberzeugung hervorrief, weil er gegen das gesamte Mandatssystem protestierte und als Wortführer aller Mandatsvölker und auch der Ägypter zu sprechen schien. Er beantwortete die Ueberreichung der Friedensbedingungen mit dem Ersuchen um eine

Früh um acht Tagen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Nachmittags versuchten die drei alliierten Delegationsführer ein Einvernehmen über die Ismet Pascha zu erzielende Antwort zu finden. Von französischer Seite versichert man, daß die acht-tägige Frist bewilligt werden wird und daß die Debatte sich vor allem

darum dreht, ob die drei alliierten Führer während dieser Frist in Lausanne bleiben sollen oder abreisen werden unter Zurücklassung von Vertretern. Die Franzosen treten lebhaft für die erste Lösung ein, die Engländer bestehen offenbar auf dem früheren Programm.

Die Beratung der alliierten Delegationsführer dauerte eine Stunde. Um zwei Uhr mittags wurde die Vollziehung wieder aufgenommen. Im Namen der Alliierten erklärte Lord Curzon, daß es nicht möglich sei, die türkische Forderung nach einer acht-tägigen Frist völlig anzunehmen. Er werde auf jeden Fall noch bis Sonntag abend in Lausanne bleiben, und er hoffe, daß man diese Zeit ausnützen werde, um die bestehenden Schwierigkeiten beizulegen. Ismet Pascha entgegnete, daß er sich bemühen werde, innerhalb der verkürzten Frist zu einer Lösung zu gelangen. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Lausanne, 31. Januar. (EP.) In bezug auf das am Dienstag in Lausanne veröffentlichte Telegramm der französischen Regierung an die Regierung von Angora, wonach die französische Regierung den heute den Türken zu übergebenden Friedensvertrag nicht als endgültigen Text ansehen und ihre Delegation in Lausanne zur Fortsetzung der Verhandlungen beschaffen will, erklärt die englische Delegation, daß sie dieser Information, die eine flagrante Verletzung der alliierten Vereinbarungen darstellen würde, keinerlei Glauben schenken könne, und daß die Veröffentlichung dieser Nachricht ohne vorherige Verständigung mit der englischen Regierung oder ihrer Delegation erfolgt sei und daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, ihre bereits getroffene Disposition abzuändern.

London, 31. Januar. (EP.) Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, veröffentlicht die türkische Presse den Friedensvertragsentwurf und erklärt diesen allgemein als ganz unannehmbar. Um Anruhen zu vermeiden, ist die türkische Gendarmerie in Konstantinopel verstärkt worden.

Das Todesurteil gegen den polnischen Präsidentenmörder hat der Staatschef mit folgenden Worten unterzeichnet: „Ich finde weder in meinem Gewissen noch in den Akten einen Grund, der mir erlaubt, das Urteil des Gerichts zu ändern“. Das Urteil ist Mittwoch vormittag durch Erschießen vollstreckt worden.

Wirtschaft

Die Marktkatastrophe.

Im März 1921, zur Zeit der Abstimmung in Oberschlesien, ging durch die deutsche Presse ein Aufsatz aus der Feder eines an führender Stelle des Reichsbankdirektoriums stehenden Beamten, der sich ganz besonders mit der polnischen Währung beschäftigte. Mit vollem Recht wurde damals gesagt: „Es bedarf keines Beweises, daß der Uebergang zu einer so entwerteten und kreditunwürdigen Währung die schwersten Nachteile für ein Land mit sich bringen muß. Insbesondere würde ein Inflationsschub, auf den internationalen Verkehr angewandenes Geld wie Oberschlesien die Grundlagen seiner wirtschaftlichen Existenz selbst zerstören, wenn es die Marktwährung mit einer derartigen Währung verwechselte.“ Es verdient festgehalten zu werden, daß die leitenden Stellen unserer Reichsbank sich über die Gefahren der Währungsantwortung schon zu einer Zeit völlig klar waren, als der Dollarkurs sich ungefähr auf 62 W. stellte und der Notenumlauf der Reichsbank ungefähr 68 Milliarden betrug. Seitdem ist der Dollarkurs auf mehr als 30000 W. gestiegen, und der Notenumlauf hat die Höhe von rund anderthalb Billionen erreicht. Man kann nicht behaupten, daß die Leiter unseres Zentralnoteninstituts sich gegen eine solche Entwicklung mit derjenigen Energie zur Wehr gesetzt hätten, die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft von ihnen zu erwarten gewesen wäre. Man hat dem Verhängnis seinen Lauf gelassen und durch die Suspendierung der gesetzlich vorgeschriebenen Drittbedeckung für den Notenumlauf auch seinerzeit noch die letzten schwachen Schranken niedergelassen, um der Inflation freie Bahn zu schaffen. Die Wirkungen dieser Wirtschaftspolitik sieht man heute nur zu deutlich auf allen Gebieten unserer Wirtschaft. In den letzten Tagen hat die polnische Währung, die im Jahre 1921 vorübergehend noch unter den Kurs von 3 deutschen Reichspfennigen hinabsank, an den deutschen Börsen einen Kurs von 100 Pfennigen erreicht.

Im Verlauf von knapp zwei Jahren ist also die deutsche Währung auf das Niveau der polnischen herabgesunken; es ist dabei zu berücksichtigen, daß die polnische Währung im Vergleich zum Dollar und anderen Edelmetallen in diesen zwei Jahren durchaus nicht gestiegen, sondern sogar noch gefallen ist. Die Entwertung der deutschen Währung hat sich aber, wie die jetzigen Kurse zeigen, noch viel rascher vollzogen. Auch die österreichische Krone, auf deren Verfall wir Reichsdeutschen bisher sehr mitleidig hinsahen, steigt im Vergleich zur Mark von Tag zu Tag, und wenn die Entwicklung im bisherigen Tempo weiter geht, haben wir auf dem Gebiete des Geldwesens sehr bald österreichische Zustände im wahren Sinne des Wortes. Die für die Währungspolitik in Deutschland verantwortlichen Stellen können sich bis zu einem gewissen Grade mit dem Hinweis auf die verheerenden Wirkungen der Reparationszahlungen entschuldigen. Mühen doch allein in der zweiten Januardekade 1923 rund 58,8 Milliarden Papiermark zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrags ausgegeben werden, während die gesamten Reichseinnahmen im gleichen Zeitraum nur 58,3 Milliarden Mark betragen. Seit dem 1. April 1922, d. h. seit Beginn des laufenden Finanzjahres, wurden für Reparationszahlungen rund 230 Milliarden Papiermark aufgewendet, außerdem beanspruchte die Friedensvertragsabrechnung allein in der letzten Dekade noch 130 Milliarden Mark für Zahlungen in Papiermark. Unter diesen Umständen kann der weiteren Entwertung des Marktwerts schwerlich ein günstiges Horoskop gestellt werden, zumal die im Januar erfolgte Ruhrbesetzung der deutschen Wirtschaft und den Reichseinnahmen einen weiteren schweren Schlag verleiht hat. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß die Einnahmen auf Konto Zwangsanleihen in den letzten Monaten nur sehr gering waren und daß der neueste Ausweis über die Finanzlage des Reiches in der zweiten Januardekade 1923 überhaupt keine Einnahmen aus der Zwangsanleihe mehr realisiert.

V. W. B.

Zinsverleihen. Das unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) stehende Bankentombonion wird in der nächsten Woche eine weitere Serie von 5 Proz. Roggenrentenbriefen der Roggenrentenbank Aktiengesellschaft zu Berlin zur öffentlichen Zeichnung ausgeben. Der Zeichnungspreis wird sich auf etwa 15 Proz. unter dem gegenwärtigen Marktpreis für märkischen Roggen stellen.

Starke Erhöhung der Düngemittelpreise. Die Preise für künstliche Düngemittel wurden in den letzten Tagen stark heraufgehoben. So wurden die Kalkpreise um das Anderthalbfache erhöht, für Bestellungen, die bis zum 10. Februar beim Syndikat eintrafen, wird ein Preisnachschuß von 20 Proz. gewährt. Die Preise für Stickstoffdüngemittel verdoppelt.

Dollarkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 1177,05 Geld, 1182,95 Brief; 1 japanischer Yen 22 393,87 Geld, 22 506,13 Brief; 1 kroatischer Wlras 5256,87 Geld, 5263,13 Brief; 100 österr. Kronen 66,13 Geld, 65,47 Brief; 1 tsch. Krone 1346,62 Geld, 1353,38 Brief; 1 ung. Krone 18,05 Geld, 18,15 Brief; 1 bulg. Lewa 274,31 Geld, 275,69 Brief; 1 jugoslaw. Dinar 416,45 Geld, 418,55 Brief. 1 poln. Zloty geht im freien Verkehr 1,30 W.

Die Litfasssäulen als Gesicht der Weltstadt.

Die westliche Villenstadt. — Der 10. Bezirk Zehlendorf.

Man darf wohl sagen, daß das Gesicht der Litfasssäulen das Gesicht Berlins widerspiegelt und daß man das Leben der Großstadt ziemlich gut und genau aus den Plakaten der Litfasssäulen studieren kann.

Der Wechsel der Zeiten.

Im Frieden war das Studium der Litfasssäulen nicht besonders aufregend und interessant. Da standen die Plakate der Theater, die Ankündigungen von Konzerten, Vorträgen und ab und zu jene ominösen Ankündigungen: „Karat! Lehre wieder! Es ist alles verziehen! Deine unglückliche Mutter!“

Heute hat die Zeit andere Sorgen, und auch die Litfasssäulen sehen anders aus. Zunächst sei erwähnt, daß die Litfasssäulen verstaatlicht sind. Was früher Privileg einer Firma war, ist jetzt ein recht festes Privileg, hat heute die Stadt übernommen, um auf diese Weise dem Stadtsäckel eine nicht geringe Einnahme zuzuführen.

Der Weg des Plakates.

Eine Firma hat ganz originell aussehende, Paternen ähnliche Klappkäse an den Litfasssäulen anbringen lassen, auf denen sie ihre Erzeugnisse anpreist. Dieser Aufwand fällt in die Augen. Jedermann schaut unwillkürlich nach oben, liest die Ankündigungen der Firma, und der Zweck der Reklame ist voll erreicht.

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

25] Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Campers. In einer engen Straße auf der anderen Seite des Platzes hielt er vor einem kleinen Gemüsegeschäft an und schaute hinein, blieb aber sorgfältig außerhalb des Lichtkreises, in dem man die grünen und grauen Wände gegenüber sehen konnte.

Er zitterte in dem kalten Winde und blieb doch über das Wasser gebeugt. In der Ferne ratterten ununterbrochen Züge und gaben seinem Bewußtsein das Gefühl weiter, verzweifelter Entfernungen. Die Turmuhr schlug acht. Die Glocke hatte den wischen Klang einer Piarre. In der Dunkelheit konnte Fuselli fast das Gesicht des Mädchens sehen, das seine breiten, freien Lippen zu einer Grimasse verzog.

daran, sich mit dem Kleber „anzubiedern“. Ein Abonnement für einen bestimmten Tag und einen bestimmten Platz wird ebenfalls nicht angenommen. Für die Säulen in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg muß jeden Tag neu angemeldet werden, und hier wird an jedem Tag neu geklebt. Auf den Säulen in den Vororten dagegen, die nicht verstadtlicht sind und für die ein besonderes, konfessioniertes Unternehmen besteht, können die Plakate bis drei Tage hintereinander an den Säulen bleiben.

Die Preise für die Plakate.

Zunächst muß bemerkt werden, daß es irria ist, anzunehmen, der Preis hänge ab von der Stelle an der Säule, an der das Plakat klebt. Es ist ganz gleichgültig für die Preisfestsetzung, ob das Plakat ganz hoch oben angebracht ist, wo nur eine Giraffe hinreichen kann, oder ganz unten klebt, wo das Plakat immer in Gefahr ist vor den Hunden, die das Bein heben.

Trotz alledem ist die Sehnsucht nach der Säule sehr groß. Ihre Wirksamkeit eine sehr gute, und der Kleber muß ein geschickter Mann sein, um alle Plakate auf die Säule heraufzubekommen.

Der „Webeco“-Konzern.

Das größte Schwindelgenie der Jetztzeit.

Einer der raffiniertesten Betrüger, dessen Schwindelgenie noch in Erinnerung sein dürfte, hatte sich vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Anklage richtete sich gegen den „Schriftsteller“ Hermann Matern und den Kaufmann Walter Franke wegen Betruges in zahllosen Fällen.

Der Hauptangeklagte Matern hatte zahlreiche Schwindelunternehmungen gegründet, durch die viele Personen geschädigt wurden. Wie der Richter Sachverständige Michaeleis in der Verhandlung feststellte, handelt es sich bei Matern um „das größte Schwindelgenie der Jetztzeit“, das ihm in seiner Rechtspraxis vorgekommen sei. Die einzige Einnahmequelle des Angeklagten bildeten die Einlagen von Angestellten, mit denen er seinen persönlichen ungeheuer großen Aufwand bestritt.

Schieferlagers. In den Annoncen versprach Matern ungeheure Löhne, den Bau von Gebäuden usw., wenn sie sich an dem Unternehmen „finanziell“ beteiligten. Die „Webeco“, die das Geschäft angeblich machen wollte, sollte zu diesem Zweck in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Leider fielen zahlreiche Personen auf diesen Riesenschwindel herein. Schon am 1. April vertrat das Unternehmen Matern verständig. Bald darauf aber gründete er eine „Herbasol-Parfümerie- und Seifenfabrik“.

Zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Der neue Wahlmodus.

In der am Donnerstag, den 1. Februar d. J., abends 6 Uhr im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/17, stattfindenden Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung stehen Angelegenheiten von so großer Tragweite und Wichtigkeit zur Verhandlung, daß kein B.S.P.D.-Genossenschaftsmitglied den Besuch der Versammlung versäumen darf. In erster Linie, so schreibt man uns, ist es die Mitte vorigen Jahres durch die geschätzten Körperschaften beschlossene Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes, die einschneidende Änderungen des Statuts der Berliner Genossenschaft notwendig macht.

Der hat noch geschickt!

Die Wälarbeit der Monarchisten wird auf jede nur mögliche Weise betrieben und mit ungeschwächtem Eifer fortgesetzt. Zurzeit ist ansehend eine Aktion im Gange, für eine Rückkehr des früheren Kronprinzen nach Deutschland zu etwas wie eine „Volkskundgebung“ auszuhandeln.

mend rot war und daß in seinen Augen ein Flackern glänzte, das er vorher nie gesehen hatte. „Was meint ihr, Revolution?“ fragte Fuselli verwirrt. Der Franzose heftete seine schwarzen Augen forschend auf ihn. „Ich meine, Schluß mit den Verbredchern. Die kapitalistische Regierung stürzen — die soziale Revolution.“

(Fortsetzung folgt.)

